

Liebe Genoss*innen,

mein Name ist Kristina Vogt, ich bin 61 Jahre alt, ledig und habe einen erwachsenen Sohn. In meinem Leben habe verschiedene berufliche Stationen durchlaufen. Unter anderem war ich mit einer Kneipe in Walle selbstständig, war als Mediengestalterin und 13 Jahre als Rechtsanwaltsfachangestellten tätig. In die Linke bin ich 2008 eingetreten, weil ich als alleinerziehende Mutter mit einem nichttarifgebundenen Job immer zu wenig Geld für unsere kleine Familie hatte und sichere Altersarmut drohte. Zudem hatte die damalige Bildungspolitik mich genervt. Strukturelle Bildungsbenachteiligung konnte ich als Schultersprecherin in Gröpelingen nicht wirksam bekämpfen. Mein Ziel ist und war, gerechtere Lebensverhältnisse für alle Menschen zu erreichen. Nicht nur in Bremen oder Deutschland, sondern auch in den Ländern des globalen Südens. Es war daher nur logisch in die neu gegründete Linke einzutreten. Von 2008 bis 2011 war ich als sachkundige Bürgerin im Beirat Walle in drei Fachausschüssen aktiv, 2011 wurde ich Fraktionsvorsitzende unserer Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, 2019 Senatorin. Zunächst Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, 2023 dann Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation.

Im vergangenen Sommer habe ich nach 4 Spitzenkandidaturen für unseren Landesverband entschieden, dass der richtige Zeitpunkt für eine Staffelübergabe an Sofia gekommen ist. Es war mir eine Ehre und oftmals auch eine Freude gewesen, diesen großartigen Landesverband vier Mal in den Wahlkampf führen zu dürfen. Aber alles hat seine Zeit und Veränderung ist ein wichtiger Prozess in der Politik.

Ich kandidiere auf Platz 3 um den die Kandidatur von Sofia zu unterstützen, aber auch um dem Landesverband weiterhin meine Kraft und Energie für politische Veränderung zur Verfügung zu stellen. Wir kämpfen gemeinsam für ein starkes linkes Ergebnis in Bremen, ich möchte dazu beitragen.

Die vergangen 10 Jahre waren in Europa davon geprägt, dass globale Veränderungen für viele Menschen in den alten Industrienationen mit Unsicherheiten einhergingen. Eine Folge ist das Erstarken rechter, nationalistischer oder faschistoider Parteien in Europa. Die Triebfeder für meine politische Arbeit in den vergangenen Jahren war daher die wichtigen industriepolitischen Weichen für eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft zu stellen. Verbunden mit einer klaren sozialpolitischen Flanke, Stärkung von Tarifbindung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie gleichberechtigten Zugang für Frauen und migrantische Beschäftigte.

Während China und viele asiatische Länder Nachhaltigkeit längst auch als Wettbewerbsvorteil begriffen haben, drosseln Brüssel und eine Gaslobbyistin in Berlin trotz zunehmendem Klimawandel den ökologischen Umbau und die Energiewende. Der US-Tech-Kapitalismus holt zu einem Generalangriff auf die liberalen Demokratien aus und droht längst auch Europa zu dominieren. Die Bundesregierung reagiert mit einem flächendeckenden Angriff auf Rechte von Arbeitnehmer*innen und dem Abbau von Sozialleistungen.

Es ist beispielsweise ein Hohn, von einem „Beitragsstabilisierungsgesetz“ zu sprechen, wenn einseitig Leistungen für Kassenpatient*innen und Beschäftigte im Gesundheitswesen reduziert werden. Kassenpatient*innen sind die Beiträge vermutlich weniger wichtig, als gleichberechtigter Zugang zu Arztterminen. Diejenigen, die auf Reduzierung der Beiträge drängen sind allein die Arbeitgeberverbände. Wie für alle sozialpolitischen Herausforderungen gäbe es hierfür eine solidarische Lösung: die Bürgerversicherung.

Seit Ende der Neunziger ist die Schere zwischen Arbeitseinkommen und Privatvermögen stetig angestiegen. Der sogenannte Sommer der Reformen spaltet Deutschland weiter, weil die Vorschläge aus Berlin diese Ungleichheit weiter verschärfen. Während private Vermögen durch eine ungerechte Erbschaftssteuer geschützt werden, gehen die Kommunen und Länder finanziell in die Knie, weil ihnen seit 30 Jahren durch die Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer und die Abschaffung der Vermögenssteuer Steuereinnahmen entzogen werden. Kaputte Infrastruktur, Einschränkungen bei Bildung und Wissenschaft, unzureichende Sport- und Freizeitangebote, maroder ÖPNV: all dies hat in Deutschland zunehmend zu Politikverdrossenheit geführt. Die Landtagswahlen dieses Jahres zeigen, dass dies mit einer tiefen politischen Spaltung einhergeht. Arbeiter*innen und Menschen im ländlichen Raum wählen zunehmend die AfD, während Die Linke es schafft in den Städten Lösungen für die Probleme der Menschen zu adressieren. Auch wenn wir ein Landesverband in einem Stadtstaat sind: es ist unser Anspruch und Ziel Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen zu erreichen und für und mit ihnen politische Veränderungen herbeizuführen.

Mieter*innen, Arbeitnehmer*innen, Erwerbslose oder Rentner*innen, Selbständige, Menschen in prekären Stadtteilen, Frauen, Migrant*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Kinder, Jugendliche, Studierende: sie alle haben etwas Besseres verdient als reaktionäre, rückwärtsgewandte politische Plattitüden, die nur eines zum Ziel haben: Menschen gegeneinander aufzuhetzen um diejenigen zu schützen, die von Ungleichheit profitieren. Wir werden diese besseren Lösungen im nächsten Mai selbstbewusst anbieten. Wir werden gemeinsam für ein starkes Ergebnis kämpfen. Wir werden mit einer diversen Liste für die Bürgerschaft antreten, die unterschiedliche Stärken repräsentieren wird. Wir werden gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten!